



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Kampagne «Gerechtere Löhne schaffen» - Teilkampagne «halbierte Sozialpartnerschaft»

Gerechtere Löhne schaffen

Teilkampagne «Halbierte Sozialpartnerschaft» | Anhang zur Unia-Kampagnen- und Kommunikationsstrategie 1:12 und «Mindestlohninitiative» (2013-2014).

Das vorliegende Papier ist Teil der Kampagnen- und Kommunikationsstrategie «Gerechtere Löhne schaffen – 1:12 und Mindestlohninitiative (2013-2014)». Es ist Grundlage für die Erarbeitung von Kampagnenmassnahmen, welche darauf abzielen, die Wirkung der – finanziell sicher potenten – rechten Gegenkampagne zu schwächen. Es stellt die plötzlich wiedererwachte «Liebe» des Arbeitgeberlagers zur Sozialpartnerschaft ins Zentrum und dokumentiert, dass deren aktuelle Beschwörung den realen Verhältnissen widerspricht..

Arbeitgeber, Politiker und Regierungen reden rituell von der Schweiz als „Land der Sozialpartnerschaft“. In der Schweiz würden Arbeitsbedingungen weitgehend nicht über Gesetze geregelt, sondern erfolgreich zwischen den Sozialpartnern vereinbart. Mit diesem Argument werden regelmässig sozialpolitische Vorstösse auf der politischen Ebene abgeschmettert und an die Sozialpartner verwiesen. Dabei gehört die Rede von der „Schweiz als Land der Sozialpartnerschaft“ in den Bereich der helvetischen Mythen. Bestenfalls gibt es in der Schweiz eine „halbierte Sozialpartnerschaft“, **denn nur gerade die Hälfte der Arbeitsverhältnisse wird über Gesamtarbeitsverträge geregelt. Die andere Hälfte wird ganz alleine von den Patrons definiert, von denen viele eigentliche „Anti-Sozialpartner“ sind:** Sie negieren explizit die Sozialpartnerschaft, indem sie jegliche Arbeitnehmerorganisation aus ihrem Unternehmen fernzuhalten versuchen. Diesbezüglich besteht im Hinblick auf die Milo-Debatte noch grosser Aufklärungsbedarf.

1. Ausgangslage

Mit der 1:12- und Mindestlohn-Initiative stehen 2013/14 zwei Abstimmungskämpfe an, in denen wir das Thema einer gerechteren Lohnverteilung in der Öffentlichkeit diskutieren können.

a) Zeitplan: Am 23. Januar 2012 hat der SGB die Mindestlohn-Initiative der Bundeskanzlei mit 112'710 gültigen Unterschriften eingereicht – die Unia hat etwa die Hälfte der Unterschriften dazu beigetragen. Bereits im Juli 2012 kündigte der Bundesrat an, dass er diese ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung empfehlen will. Mit seiner im Januar 2013 publizierten ablehnenden Botschaft bestätigt der BR diese Haltung. Das Ergebnis der Diskussion der Milo in der ständerätlichen WAK (Forderung eines Zusatzberichts) führt nun aber zu einer Verzögerung des Milo-Fahrplans.

Die parlamentarische Behandlung der 1:12-Initiative ist bereits abgeschlossen.

Voraussichtliche Abstimmungstermine sind der 22. September 2013 für die 1:12-Initiative und der 18. Mai 2014 für die Mindestlohn-Initiative

b) Thematischer Zusammenhang

Die beiden Initiativen hängen inhaltlich eng zusammen. Mit den ganz hohen und ganz tiefen Löhnen wird das Problem der Ungleichheit bzw. Ungerechtigkeit von beiden Seiten her betrachtet. Beide Initiativen erlauben es, die Verteilungsfrage ins Zentrum der öffentlichen Debatte zu rücken. Dank dem **inhaltlichen Zusammenhang**, kann mit der 1:12-Initiative der öffentliche Diskurs für die realpolitische Forderung nach einem Mindestlohn vorbereitet werden.

Eine Kampagne, die nur auf Mindestlöhne fokussiert, macht bis nach der Abstimmung über 1:12 keinen Sinn, da sie an der aktuellen Thematik und öffentlichen Diskussion vorbei argumentiert. Der Verteildiskurs kann über das Abzockerthema auch ausserhalb des links-rechts-Schemas bei nationalkonservativen Wählern geführt werden.

c) Ausgangslage in der Gewerkschaftsbewegung

Innerhalb der Unia und der ganzen Gewerkschaftsbewegung sind die Ziele und Inhalte der Mindestlohn-Initiative breit abgestützt und unbestritten. Die 1:12-Initiative wurde von der Unia seit der Lancierung unterstützt. Sie erhält nun im Zuge des klaren Votums zur Abzockerinitiative erhöhte Aufmerksamkeit.

d) Ausgangslage in der Bevölkerung

In der Bevölkerung stösst der Kampf gegen die **Abzockerei** auf grosse Sympathie. Der Abstimmungssieg der Abzocker-Initiative und erste Umfragen zur 1:12-Initiative haben gezeigt, dass die Abzockerthematik ein enormes Empörungs- und Mobilisierungspotential hat. Und die Berichterstattung im Nachgang zeigt, dass das Thema mit der Abstimmung nicht erledigt ist.

Auch die Kampagne gegen **Tiefstlöhne** stösst auf breite Zustimmung. Die Aussage, dass in der Schweiz jeder/jede Vollzeitbeschäftigte vom Lohn in Würde leben können muss, ist mehrheitsfähig, insbesondere wenn wir gleichzeitig die Lohnungerechtigkeit (Abzockerei) oder – dies gilt insbesondere für die Romandie – Lohndumping bzw. den Missbrauch der Personenfreizügigkeit durch skrupellose Arbeitgeber sichtbar machen. Allerdings ist ein Bewusstsein über das Ausmass der Tieflohnproblematik nur rudimentär vorhanden.

e) Ausgangslage im Gegnerlager

Das Arbeitgeberlager und die bürgerlichen Parteien lehnen beide Initiativen ab. Bei den politischen Akteuren und den Verbänden ist ein klassischer Lager-Kampf nach dem links/rechts-Schema zu erwarten. Es ist mit einer starken Kampagne mit grossen finanzieller Übermacht zu rechnen, die voraussichtlich auf Angst um Arbeitsplätze, Wirtschaftsstandort, Wohlstand etc. setzen wird.

Die öffentlichen Diskussionen im Umfeld der beginnenden parlamentarischen Behandlung der Mindestlohninitiative Anfang April 2013 zeigen allerdings, dass die Einschätzungen und Strategien im bürgerlichen Lager vor allem gegenüber der Mindestlohninitiative zum Teil sehr weit auseinandergehen.

- Ein Teil der bürgerlichen Kräfte und der Arbeitgeber versuchen die Tieflohnproblematik weiterhin zu negieren. Unter Führung der NZZ brandmarken sie jegliche Regulierungsversuche als schädlichen Staatsinterventionismus.
- Die nationalkonservativen Kräfte um die SVP versuchen ihre eigenen, fremdenfeindlichen Konzepte der Einwanderungskontrolle bzw. Kontingentierung als Mittel gegen den Lohndruck zu positionieren. Komplementär fahren eine sehr ideologische Argumentation gegen die angeblich «sozialistischen» Motive der Initianten.
- Teile der Arbeitgeber und der bürgerlichen Mitteparteien haben hingegen eingesehen, dass sich die Tieflohnproblematik nicht länger negieren lässt. **Sie setzen auf eine Ausweichstrategie, welche die Initiativen als «falsches Mittel» zur Bekämpfung der Tief- bzw. Abzockerlöhne darstellen will. Ein wichtiges Element dieser Strategie ist die Anrufung der segensreichen Auswirkungen der Sozialpartnerschaft, der GAV und sogar der NAV. Dieselben Kreise,**

die sich sonst zum Teil gegen GAV bzw. verbindliche Mindestlöhne in GAV und NAV sträuben, halten nun ebendiese Instrumente gegen die Mindestlohninitiative hoch.

f) Erfolgchancen im öffentlichen Diskurs

Ein gutes Abschneiden der 1:12 und vor allem der Milo-Initiative ist für die Unia von grosser Bedeutung. Wie sehen die Erfolgchancen aus?

- Umfragen und der Ausgang der Abzockerinitiative zeigen: Klassen, Geschlechter und Altersgruppen übergreifend stört sich eine Mehrheit an hohen Managerlöhnen und Lohnschere.
- Die Mindestlohn-Initiative kann das Thema der Tieflohne in die Öffentlichkeit bringen und damit einen neuen «emotionalen Mindestlohn» festsetzen
- Die emotionale Empörung über hohe und tiefe Löhne kann genutzt werden. Die Initiativen haben ein grosses Protestpotential und könnten Nicht-Wähler an die Urne mobilisieren.
- Die Zustimmung zur 1:12-Initiative liegt momentan bei 50%. Die Milo kommt zurzeit sogar auf einen Ja-Anteil von über 75%.
- Insbesondere im Hinblick auf die Mindestlohninitiative zeichnen sich im Gegnerlager gravierende Unterschiede hinsichtlich Problemanalyse und Strategie ab.

Zusammenfassung:

Bei der Mindestlohn-Initiative liegt ein Überraschungserfolg in der Luft., falls es gelingt die gegnerische Vernebelungsstrategie zu durchbrechen und den Fokus auf die Problemdiskussion zu legen (Tiefstlöhne auch unter Gelernten und Arbeitnehmenden mit Berufserfahrung, Tiefstlohn vs. Abzockerei, Tiefstlöhne in Betrieben, die viel Geld verdienen, Lohndumping, etc.).

2. Rituelle Beschwörung der Sozialpartnerschaft

Kaum ein 1. August geht vorbei, ohne dass in Reden die vorbildliche helvetische Sozialpartnerschaft gelobt wird. In keiner Diskussion über die herausragenden Schweizer Werte fehlt die Sozialpartnerschaft. Der Bundesrat verweist jedes Mal auf die Sozialpartnerschaft, wenn Vorstösse zu Veränderungen in der Arbeitswelt gemacht werden, sei dies eine Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs, mehr Ferien, usw. Damit gelingt es meistens, auch breit getragene Anliegen, denen sich auch der Bundesrat nicht entgegenstellen will, auf die lange Bank zu schieben.

Auch in seiner jüngsten Botschaft zur Mindestlohninitiative der Gewerkschaften schreibt der BR: „Das ausgezeichnete Funktionieren der Sozialpartnerschaft ist eine der wesentlichen Stärken des Schweizer Wirtschaftsstandorts“...“Die Lohnbildung in der Schweiz basiert auf einer starken und verantwortungsvollen Sozialpartnerschaft.“ (S. 2) Als wesentliches Instrument dazu nennt der Bundesrat die Gesamtarbeitsverträge (GAV), „eine sozialpartnerschaftliche Tradition, die bereits seit 100 Jahren besteht. ... GAV bilden ein Kernelement der Schweizer Arbeitsmarktpolitik. GAV ermöglichen eine relativ zurückhaltende gesetzliche Regulierung von Arbeitsverhältnissen und tragen dazu bei, dass der schweizerische Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich relativ flexibel ist.“ „Das System ... wonach die Mindestlohnfestsetzung den Sozialpartnern überlassen wird, wirkt sich ausgleichend auf die Lohnverteilung aus“ (S.17)

Diese Beschreibung der Realität der Sozialbeziehungen in der Schweiz ist schlicht mythologisch. Einige Seiten weiter muss der Bundesrat selbst konstatieren, dass lediglich 49% aller Arbeitsverhältnisse durch einen GAV geregelt werden (S. 19f). Bei der anderen Hälfte setzen die Patrons ganz allein die Arbeitsbedingungen fest, sofern nicht die wenigen staatlichen Regulierungen zur Wirkung kommen. Deshalb ist die Schweiz nicht das Land der Sozialpartnerschaft, sondern höchstens einer halbierten Sozialpartnerschaft.

Die Aussage des Bundesrates, die Mindestlohnfestsetzung werden im Schweizer System „den Sozialpartnern überlassen“ ist direkt zynisch: Im Kleingedruckten der Botschaft (S.41) erfährt man

nämlich, **dass nur gerade 36% aller Arbeitnehmenden einem GAV unterstellt sind, welcher Mindestlöhne vorsieht!** Richtig müsste der bundesrätliche Satz also heissen: „Im System der Schweiz findet die Mindestlohnfestsetzung bei 36% der Arbeitnehmenden durch die Sozialpartner statt, bei 64% wird die Lohnfestsetzung alleine den Patrons überlassen.“ *Die Behauptung der Botschaft, die Mindestlohnfestsetzung werden Sozialpartnern überlassen ist damit eine krasse Unwahrheit. Sie erinnert an die Irreführung in früheren Botschaften des Bundesrates wie z.B. in Sachen Einbussen bei der Unternehmenssteuerreform.*

3. Die „Antisozialpartner“ in der Schweizerischen Branchenlandschaft

3.1. Industrie: die „Wiege“ der Sozialpartnerschaft?

Landläufig herrscht der Glaube, in der Industrie gäbe es überall GAV und Mindestlöhne. Weit gefehlt! In der ältesten der CH-Industrien, der **Textil- und Bekleidungsproduktion** waren die Arbeitgeber traditionell antigewerkschaftlich. Sie wollten alleine „Herr im Hause“ sein. GAV konnten nur in einer Minderheit und der Betriebe und oft mit Streiks erkämpft werden. Das hat sich auch in den letzten Jahrzehnten nicht geändert. Eine Sozialpartnerschaft gibt es in wenigen Unternehmen, etwa bei der erfolgreichen „Lanthal“ in Langenthal und der ebenfalls dort ansässigen „Création Baumann“.

Die meisten Patrons verweigern dagegen GAV's, ja sind bekennende Anti-Sozialpartner.

- Die **Calida**, helvetisches Sinnbild der Solidität bei der Unterwäsche, weigerte sich kategorisch in GAV-Verhandlungen mit der GBI einzusteigen.
- Gleiches gilt für die Firma **Forster Rohner** in St. Gallen, welche erfolgreich die Haute Couture beliefert; als **Ueli Forster**, Mitbesitzer der Firma, und von 2001 bis 2006 **Präsident von economiesuisse** erfand Dutzende Ausreden, um keinen GAV für seine Arbeiterinnen abschliessen zu müssen.
- Die kalte Schulter gegenüber der Gewerkschaft hat auch **Max R. Hungerbühler** gezeigt, lange Jahre **Präsident des Schweizerischen Textilverbands** und Mitbesitzer der St.Galler Traditionsfirma **Bischoff Textil AG**.

Bei Forster, Bischoff wie bei Calida spielten nicht nur ideologische Gründe, sondern auch materielle eine wichtige Rolle, waren doch die Tieflohne in diesen Firmen (damals z.T. unter 3'000.- Franken) im Visier der Gewerkschaft. Insgesamt dürfte in der Textil- und Bekleidungsbranche insgesamt die GAV-Abdeckung unter 20% Prozent liege.

Zu den ersten GAV auf lokaler Ebene zählten jene der **Typographen, Lithographen und Buchbinder**. Der erste gesamtschweizerische GAV wurde mit den Typographen abgeschlossen. In den 70er-Jahren war die graphische Branche eine mit der an stärksten ausgebauten Sozialpartnerschaft: Ein GAV auf gutem Niveau, gemeinsam organisierte beruflich Aus- und Weiterbildung, hoher Organisationsgrad auf beiden Seiten, etc.

Diese Sozialpartnerschaft wird seit einigen Jahren von den Unternehmern massiv attackiert und immer mehr infrage gestellt. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des GAV lehnt der grafische Unternehmerverband Viscom noch immer ab, ausser wenn der GAV bis zur Unkenntlichkeit verschlechtert würde.

- Einige Arbeitgeber sind aus ihrem Verband ausgetreten, um den GAV nicht mehr einhalten zu müssen, so der prominente Antisozialpartner **Hanspeter Lebrument**, Verleger der Südostschweiz, **Philip Hersant**, berüchtigter Steuerflüchtling, Grossverleger und Firmenliquidator aus Frankreich (Druckerei der Zeitungen l'Express, la Liberté) und die BAZ-Medien-Gruppe in Basel (Druckereien Birkhäuser und BAZ) bei der sich Patrons mit sehr klingenden Namen die Klinke geben: **Tito Tettamanti**, **Philipo Leutenegger** und als Hintermann

Christoph Blocher; die für März 2013 geplante Schliessung der BaZ-Druckerei soll "unbelastet von Sozialpartnerschaft" durchgezogen werden.

- Um in den Verhandlungen 2012 Druck für substanziellen Abbau des GAV (Erhöhung der Arbeitszeit von 40 auf 42 Stunden und Abbau der Nachtzuschläge) zu machen gab es seitens der Hardliner "vorsorgliche Austritte" aus dem Viscom, u.a. von der sich im Besitz von **Ringier** und **NZZ** befindlichen Firma **Swissprinters**. Seit dem 1.1.2013 herrscht vertragsloser Zustand, da die Arbeitgeber von ihren Abbau-Forderungen nicht abrücken wollten.
- Auf Empfehlung des Viscom versuchen erste Betriebe (**Ziegler Druck, Vogt-Schild, Gassmann, Schläfli + Maurer**) von oben herab Arbeitszeitverlängerung oder Nachtzuschlagssenkung anzuordnen, um durchzudrücken, was sie in sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen nicht erreichten.

Während der Bundesrat also das hohe Lied der Sozialpartnerschaft singt, gibt es in deren historischen Wiege derzeit keinen GAV mehr.

Das gleiche gilt für die **Medienbranche**. Vor Jahren gab es zwei gute GAV für die JournalistInnen, einen für die Deutschschweiz und den TI, einen für die Romandie. Beide GAV waren sehr ausgebaut und regelten auch auf gutem Niveau die Bedingungen der „freien“ JournalistInnen.

- Es ist derselbe Antisozialpartner **Hanspeter Lebrument**, welcher sich seit 2004 als Präsident des Verlegerbands weigert, für die Deutschschweiz und das Tessin einen neuen GAV auszuhandeln. Sein erklärtes Ziel ist es, alle Mindestlohnbestimmungen aus dem GAV rauszukippen.
- Im Laufe der Jahre des vertragslosen Zustands sind die Löhne der neueingestellten JournalistInnen massiv gesunken und viele „Freie“ sind schutzlos dem Diktat der Verleger ausgesetzt und sahen ihre Honorare ins Bodenlose sinken.
- Ende 2012 kündigten die Westschweizer Verleger auch den GAV für die Suisse Romande, der erst am 1. Juli 2011 in Kraft getreten war!

Wie heisst es in der Botschaft des Bundesrats? *„Das System ... wonach die Mindestlohnfestsetzung den Sozialpartnern überlassen wird, wirkt sich ausgleichend auf die Lohnverteilung aus“?*

Als weitere Wiege der Sozialpartnerschaft, insbesondere der Friedenspflicht, wird immer wieder die **Metall- Elektro- und Maschinenindustrie (MEM)** erwähnt. Hier bestehen effektiv seit Jahrzehnten einer der grössten GAV. Hinzu kommen rund 50 Betriebe mit 6'000-10'000 unterstellten Beschäftigten, welche Firmen-GAV mit der Gewerkschaft abgeschlossen haben. Aber auch in der MEM-Branche muss heute von einer „halbierten Sozialpartnerschaft“ gesprochen werden: Dem MEM-GAV unterstehen zwar ca 140'000 Arbeitnehmer, in der Branche arbeiten aber doppelt so viele! Viele Arbeitgeber sind in den letzten Jahrzehnten aus dem Verband ausgetreten, um nicht dem GAV unterworfen zu sein. Nun müssen sie bei wichtigen Veränderungen die Betriebskommission und Gewerkschaft weniger einbeziehen. Einige der Ausgetretenen haben auch die 42 Stunden-Woche eingeführt, statt wie im Vertrag vorgesehen 40 Stunden.

- Prominente Beispiele von Arbeitgebern, die nicht (mehr) am GAV beteiligt sind: **André Kudelski** (Kontrollsysteme); **von Roll**; die **Stöcklin AG** (Aesch), welche die Löhne in Euro zu zahlen versuchte; die Firma **Jaquet Technologie mit Marc Jaquet**, der gar als **Basler Arbeitgeberpräsident** amtiert! U.a.m.
- Ein Teil der GAV-feindlichen Arbeitgeber sind in einem eigenen Verband zusammengeschlossen, bei **swissmecanic**, welche unterdessen Firmen mit gegen 70'000 Beschäftigten organisiert.

Wir müssen also auch in der Maschinenindustrie von einer halbierten Sozialpartnerschaft sprechen. Zudem wird im MEM-GAV die Mindestlohn-Festsetzung nicht zwischen Sozialpartnern vereinbart,

sondern von den Patrons einseitig bestimmt. Der GAV sieht nur vor, wie auf betrieblicher Ebene die jährlichen Anpassungen der Effektivlöhne erfolgen und wie im Konfliktfalle bei den Vertragspartnern rekurriert werden kann. In den derzeit stattfindenden Erneuerungsverhandlungen des GAV steht gerade dieser Punkt zur Diskussion, fordert doch die Unia, dass neu auch im MEM-GAV Mindestlöhne festgehalten werden.

Am breitesten abgestützt ist die Sozialpartnerschaft in der Industrie derzeit in der **Uhrenbranche**. Hier sind etwa 80% der Arbeitgeber in den Verbänden organisiert, welche zusammen die Convention Patronal bilden und seit 1936 einen der wichtigen GAV in der Schweiz unterzeichnen. Allerdings beharren die Uhren-Arbeitgeber in vielen Kantonen hartnäckig auf Mindestlöhnen von untere 3500 Franken – im Tessin sogar von unter 3000 Franken. Zudem profitiere auch die Hersteller von Luxusuhren von vielen Zulieferbetrieben, die nicht dem GAV unterstehen. Und es gibt es Patrons, die gar nichts mit der Gewerkschaft zu tun haben wollen und aussen vor bleiben. So z.B. die Firma **Mondaine**, mit der weltbekannten Schweizer Bahnhofsuhr.

In der **Chemie und Pharmabranche** muss aber schon wieder von einer halbierten Sozialpartnerschaft gesprochen werden. Ein starker GAV umfasst einige traditionelle Betrieben in Basel (Novartis, Roche, Syngenta, Bayer, u.a.). Allerdings verweigern Novartis und Roche die Ausweitung des GAV auf alle Angestellten. Firmen-GAV gibt es bei Lonza, Givaudan, Firmenich und einigen weiteren. Hier ist die Liste der prominenten Anti-Sozialpartner lang:

- **Sernono** mit **Ernesto Bertarelli** verweigerte einen GAV in den früheren Jahren genauso wie **Actelion, Harlan, u.a.**
- Insgesamt dürfte die GAV-Abdeckung der Chemie/Pharma-Angestellten heute bei ca 30% liegen (in der Produktion bei etwa 50%).

Viel besser steht es auch in der Schweizer **Lebens- und Genussmittelindustrie** nicht. Historisch war die Sozialpartnerschaft nach dem 2. Weltkrieg sehr stark in der Brauerei-Branche und in der Schokoladenindustrie. In der stark dezimierten Brauereibranche besteht nach wie vor ein GAV. Ein Branchenvertrag besteht auch mit den Schokoladenproduzenten. Einige Milchverarbeiter wie z.B. Crémo verstehen sich ebenfalls als Sozialpartner und haben einen GAV abgeschlossen. Aber es gibt auch lücken.

- Branchenleaderin **EMMI** (gegen 4'000 Angestellte) fährt eine klare Anti-GAV-Linie vertritt, trotz **Josef Deiss** im Verwaltungsrat.
 - Ohne und gegen GAV sind auch Traditionsbetriebe im Guetsli-Geschäft wie **Kambly, Hug,**
- Eine halbierte Sozialpartnerschaft besteht bei den **Nestlé**-Produktionsfirmen in der Schweiz: GAV bestehen für mehrere Firmen von Nestlé (Thomy Basel, Frisco Rorschach, u.a.), für andere Produktionsfirmen jedoch noch nicht z.B. für Nespresso in Orbe und Avanches.

Insgesamt dürfte die GAV-Abdeckung in der lebens- und Genussmittelindustrie bei 50% liegen – sie wird insbesondere dadurch verstärkt, dass der Landes-GAV von Migros auch für die gegen 10'000 Beschäftigten in Nahrungsmittelbetrieben von Migros gilt.

Zusammengefasst muss man für die Industrie von einer halbierten Sozialpartnerschaft sprechen. in einzelnen Bereichen wie der Textil-Industrie und vielleicht bald auch der Graphischen Industrie und bei den Medien dominieren die Anti-Sozialpartner und die GAV sind nur noch ein Minderheitsmodell!

2. Bau- und Ausbaugewerbe: grösste Verbreitung von GAV

Wenn man die Botschaft des Bundesrates liest, meint man, er spreche vom Bau- und Ausbau-Gewerbe. Die Behauptung, die Mindestlohnfestsetzung erfolge über die Sozialpartner, stimmt hier –

aber eben nur hier – weitgehend. Zu den ersten GAV in der Schweiz gehören lokale Tarifabkommen für Maurer, Schreiner, Maler, etc. Als grösster nationaler GAV wurde 1936 der Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe abgeschlossen, nach dem 2. Weltkrieg folgten nationale oder überregionale Verträge im <Ausbaugewerbe.

Rund 80% der Branchen untersteht heute einem GAV und alle GAV definieren Mindestlöhne. Im Bauhauptgewerbe ist es der grosse LMV, mit mehr als 80'000 direkt Unterstellten und weiteren 20'000 indirekt Unterstellten. Im Baunebengewerbe sind es Dutzende von GAV mit insgesamt nochmals gegen 100'000 Unterstellten. Mit all diesen GAV werden nicht nur die Arbeitsbedingungen und Löhne geregelt, sondern auch die berufliche Weiterbildung unterstützt und z.T. die vorzeitige Pensionierung finanziert.

Aber auch im Bau ist der Geltungsbereich der GAV nicht konfliktfrei und er bröckelt an mehreren Rändern. So bei den Bauchauffeuren, welche die Baustellen beliefern oder im Bereich von Sand und Kies. Allen voran bekämpft **Adrian Amstutz, Vizepräsident der SVP und Präsident der ASTAG** die Geltung des LMV für die Bauchauffeure. Der Präsident des Baumeisterverbands **Werner Messmer** verkündet schon seit Jahren, dass der Schweizerischer Baumeisterverband (SBV) den LMV nur noch für das Baustellenspersonal, das bei Wind und Wetter draussen arbeitet, zur Anwendung bringen will. Das kann bedeuten, dass bald auch die Unterstellung von Kranführern oder Baumaschinisten in Frage gestellt wird.

Mit Ausnahme von Genf und vom Tessin nicht unterstellt sind sodann Tausende **technische Angestellte in den Planungsbüros** der Branche. Hier wäre ein GAV sehr nötig, herrscht doch seit einigen Jahren Wildwest mit äusserst prekären Arbeitsverhältnissen (flexible Arbeitswochen bis 60 Stunden pro Woche, Scheinselbständigkeit, etc), wenn auch auf höheren Niveau (Monatsverdienste mehrheitlich über 5'000.- Franken). Der Abschluss von GAV wurde für diese Berufe immer wieder gefordert, aber die Arbeitgeber verdrücken sich hinter dem formalen Argument, der Verband könne keine GAV unterzeichnen. So das Argument des **SIA**, in welchem die meisten Inhaber der Planungsfirmen organisiert sind.

Ein harter Konflikt läuft derzeit im **Gartenbau**: In dieser Branche, die unterdessen 20'000 Tausend Leute beschäftigt (ohne Gärtnereien/Pflanzenproduktion), werden immer mehr Arbeiten des Bauhauptgewerbes erledigt, aber zu 20 bis 30% tieferen Löhnen! Hier gibt es eine Pseudo-Sozialpartnerschaft des Arbeitgeberverbands **Jardin Suisse** mit dem Mini-Berufsverband „Grüne Berufe“. Der „GAV“ zwischen diesen Partnern ist ein Hohn. In den Kantonen Genf, Waadt und Wallis gibt es demgegenüber Gesamtarbeitsverträge, deren Regelungsniveau besser ist und wo auch Unia Vertragspartner ist. Auf nationaler Ebene weigern sich die Arbeitgeber mit Unia den GAV zu verhandeln, obwohl diese viel mehr Arbeitnehmende organisiert, als der Berufsverband „Grüne Berufe“. Die Arbeitgeber befürchten natürlich, dass dann eine massive Erhöhung der Löhne anstehen würde.

Schlimmer als im Gartenbau ist die Situation nur noch in der **Landwirtschaft**. Überlange Arbeitszeiten und tiefe Monatlöhne lassen die Stundenlöhne in den Keller sausen, 15.- Franken sind hier nicht selten. Die Gewerkschaft GBI und später auch Unia haben mehrere Anläufe gemacht, um mit dem **Schweizer Bauernverband** einen GAV abzuschliessen, vergebens. Den antisozialpartnerschaftlich eingestellten Verbandsoberen, insbesondere dem bis 2002 amtierenden Direktor **Melchior Ehrler** und dem Präsidenten **Hansjörg Walter** gefiel der status quo ohne Gewerkschaften weit besser. Aber auch beim amtierenden Gespann Jacques Bourgeois und Markus Ritter ist keine neue Ausrichtung festzustellen. Eine Ausnahme machen nur die Kantone VD und GE, wo es GAV für die landwirtschaftlichen Angestellten gibt.

3. Dienstleistungsbranchen: Antisozialpartner zu Hauf

In den Dienstleistungsbranchen sind die GAV traditionell weniger verankert. Erste GAV mit lokalen Konsumvereinen (später Coop) gibt es seit 1914. Die ersten nationalen Verträge für die Bankangestellten und das Gastgewerbe wurden 1918 und 1919 abgeschlossen in der Folge der Streikwelle nach dem 1. Weltkrieg und dem Generalstreik. Mit diesen GAV wollten die Arbeitgeber, zum Teil gedrängt vom Bundesrat, eine weitere Radikalisierung verhindern.

Der **GAV für die Banken** besteht heute noch, ihm unterstehen etwa 60'000 Arbeitnehmer. Es handelt sich aber um einen relativ schwachen Vertrag, mit relativ tiefen Mindestlöhnen, welche im eher hochlöhnigen Bankensektor in der Realität selten zur Geltung kommen. Aber der GAV verankert immerhin eine Mitwirkung einer unabhängigen Gewerkschaft und sichert auch die innerbetriebliche Vertretung durch die Personalkommission ab. Getragen wird der GAV von den beiden Grossbanken und den meisten Kantonalbanken.

Dem GAV verweigern sich dagegen viele Privatbanken, z.B. die Bank **Vontobel** und natürlich auch die St. Galler **Privatbank Wegelin** (neu Notenstein) war natürlich nie im GAV mit dabei – ihr Chef und Teilhaber **Konrad Hummler** polemisierte als Präsident der Industrie- und Handelskammer immer gegen die Gewerkschaften. Nicht überraschend sind auch internationale Banken wie **J.P. Morgan SA** oder **Espirito Santo SA** ausserhalb des Vertrags. Dem GAV verweigern sich aber auch viele **Kantonalbanken**, so z.B. die Waadtländer, die Tessiner, die Zuger, u.a.

Eine fast 100%ige Abdeckung garantiert der Landes-GAV des **Gastgewerbes** (L-GAV), mit über 200'000 Unterstellten der grössten in der Schweiz. Mit wenigen Unterbrüchen besteht eine gesamtarbeitsvertragliche Übereinkunft seit bald Hundert Jahren. Die gut organisierten Arbeitgeber (gastrosuisse und hotelleriesuisse) sehen u.a. den Vorteil des GAV darin, dass klare und einheitliche Regeln für die ganze Branche gelten, ohne die schnell eine gegenseitiges Dumping über die Arbeitsbedingungen stattfinden würde. An den Versammlungen dieser Verbände treten aber immer wieder Hardliner auf, welche am liebsten den ganzen GAV aufkünden würden, damit die Patrons freie Hand hätten. An den Rändern des Gastgewerbes wehren sich gleichzeitig mehrere Kreise dagegen, dass der L-GAV über die Allgemeinverbindlichkeit auch für sie gilt.

Sind in der grossen Branche des Gastgewerbes die meisten Arbeitnehmenden unterstellt, so gilt dies für die noch grössere Branche des **Detailhandels** überhaupt nicht, hier arbeitet weit weniger als die Hälfte der Angestellten 320'000 unter einem GAV. Die Mehrheit der grossen Verkaufsketten weigert sich ebenso einen GAV abzuschliessen wie die Mehrheit der kantonalen Detaillisten-Verbände und die Fachverbände der Branche, sodass 200'000 der 320'000 Beschäftigten ohne GAV arbeiten.

Die grösseren GAV können an einer Hand abgezählt werden: Migros, Coop, Globus und Valora sowie ein bis zwei welsche Kantonalverträge. Die Migros hat allerdings die Unia nach der Fusion faktisch vom Vertrag ausgeschlossen und setzte bisher den Vertrag nur mit handverlesenen Partnern fort.

Die Liste der Anti-Sozialpartner im Detailhandel ist lang:

- Als grosse Kette von Warenhäusern mit rund 10'000 Beschäftigten stemmt sich **Manor** seit Jahren gegen die Aufnahme von GAV-Verhandlungen. Die Besitzer, die **Brüder Maus** wollen die alte paternalistische Tradition der Warenhausbesitzer fortsetzen, nach welcher die

- Firmenleitung besser weiss, was die Angestellten wollen als jede Gewerkschaft. Die Familie Maus ist mit dieser Haltung durchaus reich geworden (2 bis 3 Milliarden, gemäss BILANZ).
- Schon lange bekannt ist die gewerkschaftsfeindliche Haltung der deutschen Discounter-Ketten Lidl (Eigentümer Dieter Schwarz, Vermögen 2013: 15 Mia Euro) und Aldi (Eigentümer Karl Albrecht mit einem geschätzten Gesamtvermögen von ca. 17,2 Mrd. € der [reichste Mensch in Deutschland](#)). Aldi verweigert in der Schweiz GAV-Verhandlungen mit den gewerkschaften. Lidl unterzeichnete 2010 in Geheimverhandlungen einen Vertrag mit der Syna, um die unabhängige Unia als Sozialpartnerin auszuboten.
 - Reich geworden ist auch die Familie **Schweri** mit **Denner**, dessen Arbeitsbedingungen bekanntermassen lange sehr prekär waren. Schweri wie auch später sein Neffe **Gaydoul** lehnten die Verhandlung eines GAV immer strikte ab. Heute gehört Denner zur Migros, welche sich bisher noch nicht durchringen konnte, die Angestellten dem Migros-GAV zu unterstellen.
 - Reich geworden ist auch die Familie **Brenninkmaijer** (12-13 Milliarden gemäss BILANZ), u.a. Besitzerin der internationale Kette **C&A**. Mit der Gewerkschaft will diese Firma nichts zu tun haben, ihre Anstellungsbedingungen und Löhne seien „marktgerecht“. Das gilt auch für die grosse Kette **H & M**, welche in der Schweiz rund 2'500 Angestellte beschäftigt. Sie lehnt einen GAV für das Personal in der Schweiz kategorisch ab – das Personal wird hier nach eigenen Aussagen gleich durch die Personalchefin selbst vertreten, gibt es doch nicht mal eine Personalkommission.
 - Dachverband der grösseren Ketten (ohne coop und Migros) ist **Swissretail**, zu denen Mitgliedern **Manor, C&A, Spar, Loeb, IKEA, Jelmoli**, u.a. gehören. Auch dieser Verband sah keinen Grund, auf die Forderung der Gewerkschaft nach einem GAV einzusteigen, wie der damalige Präsident und ehemalige CVP-Ständerat **Bruno Frick** der Unia beschied. Ob sich das unter der neuen Präsidentin, Karin Keller Sutter ändern wird, wird sich zeigen.
 - Klartext hat der Präsident des Fachverbands der Schuhhändler (SSV), der SVP-ler **Dieter Spiess**, gesprochen: Auf wirtschaftspolitischer Ebene macht sich der SSV seit Jahren gegen einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) im Schuhdetailhandel stark“ rapportierte er stolz an der Generalversammlung des SSV. In der Rundschau vom 2. Mai 2013 bezeichnete er Mindestlöhne „gleich welcher Höhe“ als Gleichmacherei und „DDR-Methode“. Auch die bekannte, sehr grosse Schuhfirma **Dosenbach/Ochsner** (4'000 Angestellte) lehnt einen GAV mit der Gewerkschaft ab.

Angesichts dieser Liste wäre es im Detailhandel sogar übertrieben von einer „halbierten“ Sozialpartnerschaft zu reden. Wenn in der Botschaft des Bundesrates steht „weitere Branchen, in denen GAV eine quantitativ wichtige Rolle spielen, ist der Detailhandel...“, dann fragt man sich, wo der Realitätsbezug geblieben ist. Denn gerade im Detailhandel sind quantitativ am meisten Personen von Tief- und Tiefstlöhnen betroffen, rund 60'000 Angestellte, welche unter 12 mal 4'000.- Franken verdienen, z.T. auch trotz abgeschlossener Berufslehre.

Das **Gesundheitswesen** war in der Schweiz bis vor einigen Jahrzehnten weitgehend öffentlich und das angestellte Personal hatte geregelte Anstellungsbedingungen wie das kantonale oder kommunale Personal. Mit der Aufhebung der Beamten-Statute bekamen die Institutionen des Gesundheitswesens neue Trägerschaften. Zum Teil sind die Arbeitsbedingungen weiterhin zusammen mit dem öffentliche Personal geregelt, z.T. gibt es neu Gesamtarbeitsverträge, wie z.B. für Spitäler im Kanton Bern. Aber solche GAV sind noch die Ausnahme. Zudem ist an den Rändern des Gesundheitswesens verbunden mit der Privatisierung ein Trend zur Verwilderung festzustellen.

- Auch hier gibt es klare Anti-Sozialpartner, so die Firma **Grenolier**, welche im Spital la Providence Neuchâtel den GAV ausser Kraft gesetzt hat. **Ex-CVP-Generalsekretär Raymond Loretan** ist

Präsident des VR! Als erste Unternehmung seit langem hat sich Grenolier nicht gescheut, Mitarbeiter wegen Streik fristlos zu entlassen!

- Ohne GAV sind natürlich auch die teuren Privatkliniken, von denen heute viele zur **Hirlandengruppe** – ihr Schweizer CEO **Ole Wiesinger** verdient mehr als eine Million im Jahr – gehören. Offen anti-sozialpartnerschaftlich ist auch der neuere Verband von Alters- und Pflegeheimen, **Senesuisse**: „Die Etablierung von GAV dient primär den Gewerkschaften selbst anstatt den Arbeitnehmern.“ ... Arbeitnehmer sind also gut beraten, sich mit ihren Problemen besser an die zuständigen Ombudsstellen zu richten“, schreibt der **Senesuisse-Geschäftsführer Christian Streit** (Focus senesuisse 02/2012).

So gibt es im Gesundheitswesen der Schweiz über 100'000 Beschäftigte, die weder einem GAV unterstellt noch kantonalen oder kommunalen Regelungen angeschlossen sind.

Weitgehend ohne sozialpartnerschaftliche Lohnfestsetzung ist auch die **Transportbranche**: Bis 2004 gab es in einem halben Dutzend Kantone GAV zwischen der Gewerkschaft VHTL und den kantonalen ASTAG-Sektionen. Anlässlich der Beteiligung der VHTL an der Fusion zur neuen Gross-Gewerkschaft Unia wurden diese kantonalen GAV systematisch auf Geheiss der nationalen **ASTAG-Spitze** aufgekündigt. Einige kantonale GAV werden in der Zwischenzeit wieder zwischen ASTAG und Routiers Suisse fortgeführt, der Unia wird die Beteiligung verweigert. Die ASTAG bleibt lieber alleine mit den – eng mit der ASTAG liierten - Routiers Suisse, die sich explizit nicht als Gewerkschaft verstehen.

Prominente Exponenten dieser ASTAG-Politik sind neben dem oben erwähnten ASTAG-Präsident **Adrian Amstutz** die grossen Transporteure **Planzer, Bärtschi, Galliker, Federici und Camion Transporte Wil**. Resultat dieser Politik: Von den etwa 40'000 angestellten Chauffeuren sind nur wenige Tausend einem GAV mit Mindestlöhnen unterstellt und die Effektivlöhne haben sich in den letzten 10 Jahren so wenig verbessert wie in keiner anderen Branche!

4. Der Bundesrat stellt sich hinter die Anti-Sozialpartner

Der Bundesrat konstatierte in seiner Milo-Botschaft einen GAV-Abdeckungsgrad von 48%, und nur 36% Mindestlohnabdeckung. Gleichzeitig suggerierte er, die Situation sei in den **Branchen mit tieferen Löhnen** weit besser. Effektiv haben die Gewerkschaften in der Schweiz in den letzten 20 Jahren alles getan, um ein Absacken der Tieflohne, wie wir es aus Deutschland und anderen Ländern kennen, zu verhindern. Mehrere GAV wurden via Allgemeinverbindlichkeit ausgeweitet oder neu in die Realität umgesetzt: GAV Reinigungsbranche (insgesamt gegen 50'000 Unterstellte), GAV Sicherheit (16'000 Unterstellte), GAV Temporärbranche (270'000 Arbeitsverhältnisse pro Jahr, was etwa 100'000 Stellen entspricht, die nicht schon von einem GAV abgedeckt sind), GAV Post (40'000 Unterstellte) u.a.m.

Dennoch liegt der Abdeckungsgrad von GAV mit Mindestlöhnen auch in den Branchen, wo bescheidene Löhne dominieren, höchstens bei 60%: Der Bundesrat hat also 40% der Arbeiter und Angestellten mit bescheidenen Löhnen in seiner Lagebeurteilung einfach vergessen: Rund 200'000 Angestellte im Detailhandel; 150'000 bis 200'000 ArbeiterInnen in der Industrie; Zehntausende Lohnabhängige in der Landwirtschaft, in den persönlichen Dienstleistungen (Hauswirtschaft, Körperpflege, ...), in den privatwirtschaftlichen Gesundheitsdiensten.; bei den Dienstleistungen für Unternehmen“, im Strassentransport, etc.

Die Botschaft des Bundesrates, dass dank sozialpartnerschaftlicher Mindestlohnfestsetzung kein Handlungsbedarf mehr bestehe, ist also falsch und grenzt an mutwillige Irreführung. Nicht zufällig figuriert am Schluss der Botschaft als erste Priorität die „Garantie der Wirtschaftsfreiheit, der

Vertragsfreiheit und der Koalitionsfreiheit“ (S. 35). Das ist, wie sich gezeigt hat, in mindestens der Hälfte der Fälle die Freiheit der Patrons, alleine schalten und walten und auch Tiefelöhne festsetzen zu können. Diese Freiheit will der Bundesrat nicht einschränken, weshalb er die Volksinitiative der Gewerkschaften in Bausch und Bogen verwirft. Damit fördert er aber nicht die Sozialpartnerschaft, er stellt sich vielmehr schützend vor die Anti-Sozialpartner.

5. Die Liste der Anti-Sozialpartner

Branche	Unternehmen	Person	Div
Textil-Bekleidung	Calida	Felix Sulzberger, CEO Thomas Lustenberger VR-P	
	Forster Rohner	Ueli Forster	Präsident von economiesuisse von 2001-06
	Bischoff Textil AG	Max R. Hungerbühler	Präs. Textilverband bis 2010
Graph Industrie	Südostschweiz Medien	Hanspeter Lebrument	Präs. der Deutschschweizer Verleger
	BAZ-Medien-Gruppe	T. Tettamanti, Chr. Blocher Philippo Leutenegger (CEO)	Druckereien Birkhäuser, BAZ
	Hersant	Philipp Hersant, VR-Präs	L'express, Liberté
	Swissprinters		Im Besitz von Ringier und NZZ
	Ziegler Druck	Winterthur	
Metall-, Maschinen-Industrie	Von Roll		
	Jacquet Technologie	Marc Jacquet	Präs. Basler Arbeitgeberverband!
	Kudelski AG	André Kudelski	
	Stöckli AG, Aesch		Zahlte Löhne in Euro
Uhren	Mondaine		
	Actelion		
	Harlan		
Nahrungsmittel	Kambly	Oskar Kambly	
	EMMI		J. Deiss ist im VR
	Hug	Hug	
Landwirtschaft	Schw. Bauernverb.	Bourgeois, M. Ritter	M. Ehrler, Hj. Walter,
Banken	Wegelin /Notenstein	Konrad Hummler	
	Bank Vontobel		
	J.P. Morgan		
	Espirito Santo SA		
	div.Kantonalbanken	Vaud, Zug, TI, u.a.	
Detailhandel	Manor /Maus Frères	Didier Maus	Die Familie besitzt laut BILANZ 2 bis 3 Mia.
	C & A	Familie Brenninkmeijer	Die Familie besitzt laut BILANZ 12 bis 13 Mia
	H&M		IDänemark, Schweden natürlich im GAV –

			dort sei das normal...
	Swissretail	Präsident: Bruno Frick Neu K. Keller Sutter	Manor, Denner, C&A, Spar, IKEA, ...
	Schweiz. Schuhhändler Verband	Präsident: Dieter Spiess	Ist SVPLer, Rundschau vom 1. Mai: GAV ist Auslaufmodell, Mindestlöhne sind „DDR-Methode“
	Denner	Früher: Schweri, Gaydoul	Jetzt Besitz des MGB
	Ochsner / Dosenbach	Gehört zur deutschen Deichmann-Gruppe	4'000 Angestellte in der CH!
Strassentransport	ASTAG	Adrian Amstutz , Präsident	SVP-Frankionspräs.
	Planzer AG	Bruno Planzer	3700 Angest., Familien-AG
	Bärtschi Gruppe	Hans-Jörg Bärtschi	2'200 Angst., Familien-AG
	Galliker		2'100 Angest., Familien-AG
	Giezendanner	Ulrich Giezendanner NR SVP	110 Angest.; aktiv in ASTAG
	Federici	Brüder Federrici	Familienfirma
	Camion Trp Wil		Familien-AG, 1'000 MA
Gesundheitswesen	Genolier AG	R. Loretan, Ex-CVP-Generalsekr.	Weigert sich GAV in NE anzuerkennen;
	Hirslanden-Gruppe	Ole Wiesinger	verdient mehr als 1 Mio p.a.!
	senesuisse	Christian Streit, Geschäftsführer	Ombudsmann ist besser als GAV

6. Kampagnenmassnahmen

Die Stärkung der Sozialpartnerschaft ist ein wichtiges Anliegen gewerkschaftlicher Politik, die Stärkung der GAV ist explizites Ziel der Mindestlohninitiative. Die rituelle Beschwörung der Sozialpartnerschaft losgelöst von den realen Verhältnissen ist inakzeptabel. Die Kommunikationsabteilung erarbeitet darum im Rahmen der Abstimmungskampagnen 1:12 und Mindestlohninitiative geeignete Aktionsvorschläge, Materialien und Dokumentationen, welche das in diesem Papier präsentierte Material einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Die einzelnen Massnahmen und allfällige zusätzliche Recherchen sind Bestandteil des Papiers «Gerechtere Löhne schaffen_Kampagnenmittel und konkrete Massnahmen».

2. Mai 2013, Hans Hartmann, Andreas Rieger